

Unbezahlbare Windkraft, Gas-Engpass – Der deutsche Winter wird teuer



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Stand: 08:32 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Quelle: Christian Charisius/dpa

Im Nahen Osten wird der Iran-Krieg zum Flächenbrand. Öl- und Gaspreise ziehen wieder an, die Rückkehr der Inflation droht. Zynischerweise könnte ausgerechnet der Bereich stark gebremst werden, der das Land von fossilen Öl- und Gaslieferungen unabhängig machen sollte: die Energiewende.

Es war eine kurze Verschnaufpause. Seit der Vereinbarung zwischen dem Iran und den USA Mitte Juni hatten Unternehmen und Finanzmärkte aufgeatmet. Doch nun ist die Unsicherheit zurück – mit Wucht. Und seit der Drohnen- und Raketen-Attacke der jemenitischen Huthi-Rebellen auf den Dieselfrachter „Encelia“ und den Öltanker „Layla“ im Roten Meer am Donnerstag hat sich der Flächenbrand im Nahen Osten sogar noch ausgeweitet.

Jetzt ist nicht nur die Straße von Hormus für Öl- und Gastanker blockiert, sondern faktisch auch die Meerenge Bab al-Mandab zwischen der Arabischen Halbinsel und dem afrikanischen Festland.



ANZEIGE

Jetzt den Maximal-Jackpot von 50 Mio. € knacken

Als WELT-Leser erhalten Neukunden 2 Felder für 1 € statt 3,40 €.



JETZT TIPP ([https://www.welt.de/deals/article256202114/lotto-](https://www.welt.de/deals/article256202114/lotto-abgeben)
ABGEBEN [6AUS49-MIT-LOTTO24-ONLINE-TIPPEN-UND-SPAREN.HTML](https://www.welt.de/deals/article256202114/lotto-abgeben))



ANZEIGE

Jetzt den Maximal-Jackpot von 50 Mio. € knacken

Als WELT-Leser erhalten Neukunden 2 Felder für 1 € statt 3,40 €.



JETZT TIPP ([https://www.welt.de/deals/article256202114/lotto-](https://www.welt.de/deals/article256202114/lotto-abgeben)
ABGEBEN [6AUS49-MIT-LOTTO24-ONLINE-TIPPEN-UND-SPAREN.HTML](https://www.welt.de/deals/article256202114/lotto-abgeben))

Die Schockwellen gehen durch die gesamte Wirtschaft. Der Ölpreis (<https://www.welt.de/themen/oelpreis/>) kletterte auf alte Höhen zurück und übersprang am Donnerstag bereits wieder die Marke von 100 US-Dollar je Fass (159 Liter). Seit dem Ende des Waffenstillstands zwischen den USA und dem Iran (<https://www.welt.de/themen/iran-politik/>) ist er damit um 37 Prozent gestiegen. Als Folge müssen Verbraucher mittelfristig mit Preissteigerungen quer durch die meisten Produktgruppen rechnen.

Zinserhöhung im Herbst gilt als wahrscheinlich

„Nach dem deutlichen Rückgang der Teuerung im Juni dürfte die Inflation im Juli aufgrund höherer Öl- und Gaspreise wieder anziehen“, sagt Michael Heise, Chefökonom von HQ Trust: „Eine Inflationsrate von rund drei Prozent für das Gesamtjahr erscheint plausibel.“ Der Nahostkonflikt bleibe „ein wesentlicher Risikofaktor für die Inflation (<https://www.welt.de/themen/inflation/>)“. Bei drei Prozent muss nicht Schluss sein. „Zweitrundeneffekte sind vorprogrammiert“, sagt Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank. Wie Umfragen zeigen, wollen viele Unternehmen die gestiegenen Energiekosten auf ihre Verkaufspreise umwälzen.“

Die Teuerung in Schach zu halten, ist Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB). Dennoch hielt sie am Donnerstag bei ihrer Sitzung noch still, ließ den Leitzins unverändert bei 2,25 Prozent. Sie warte auf weitere Daten, um den durch den Iran-Krieg ausgelösten Preisdruck bewerten zu können, hieß es.

Für Kapitalmarkt-Beobachter ist die Sache freilich klar: „Aus heutiger Sicht spricht vieles für eine Zinserhöhung im Herbst“, sagt Florian Heider, Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE: „Die Finanzmärkte rechnen bereits weitgehend mit einem solchen Schritt.“ Für Mark Wall, Chefvolkswirt bei der Deutschen Bank, steht sogar nur noch infrage, wie stark der Schritt ausfällt: „Wird ein Sprung auf 2,5 Prozent genug sein, um die Inflationsrisiken zu bannen?“

Warum der Iran-Krieg ein Rückschlag für Windkraft ist

Steigen die Kapitalkosten ab September stark an, belastet das die Investitionsfähigkeit in praktisch allen Bereichen. Zynischerweise könnte die wirtschaftliche Entwicklung ausgerechnet in dem Bereich besonders stark gebremst werden, der das Land doch von fossilen Öl- und Gaslieferungen aus dem Persischen Golf unabhängig machen sollte: der Energiewende.

Prekär ist die Lage heute bereits für die Offshore-Windenergie, und damit für das größte und extrem kapitalintensive Kraftwerksbauprogramm der Bundesregierung. Den gesetzlichen Zielvorgaben zufolge soll die Turbinenleistung in Nord- und Ostsee bis 2030 auf 30 Gigawatt verdreifacht werden.

Das ist vergleichbar mit der elektrischen Leistung von 20 Großkraftwerken, die in nur dreieinhalb Jahren unter den schwierigen Bedingungen der Hochsee zu errichten sind. Der Ausbauplan für die geflügelten Stahlbeton-Giganten übersteigt damit sogar das viel diskutierte Bauprogramm des Bundeswirtschaftsministeriums für neue Gaskraftwerke im Umfang von lediglich 12,5 Gigawatt.

Doch ob die Offshore-Windenergie die ihr zugewiesene Rolle einer zentralen Versorgungssäule wird spielen können, ist nach einer weiteren Erhöhung der Kapitalkosten zunehmend fraglich. Schon seit zwei Jahren finden sich keine Interessenten für die vom Bund ausgelobten Fördergelder. Die Energiemultis Total Energies und BP wollen ihre bereits ersteigerten Windflächen in der Nordsee sogar wieder zurückgeben, selbst wenn sie dabei Vorleistungen im dreistelligen Millionenbereich abschreiben müssen.

Neben den Problemen mit den Lieferketten werden immer wieder die gestiegenen Kapitalkosten als Grund für das abflauende Interesse an der Windenergie genannt. Bleibt es aufgrund des verlängerten Iran-Krieges bei Inflation und hohen Zinsen, droht der gesamten deutschen Offshore-Industrie mit 49.000 Arbeitsplätzen ein „Fadenriss“, also ein nur schwer rückgängig zu machender Abbau von Kapazitäten.

Um das zu verhindern, fordert die Branche von der Bundesregierung nun die Übernahme des Verlustrisikos. Mit sogenannten „indexierten Differenzverträgen“ soll der Bund zwar auch Übergewinne abschöpfen dürfen, aber hauptsächlich für Verluste gerade stehen und zusätzlich das Inflationsrisiko tragen. Da sich gerade ein erhöhtes Inflationsrisiko materialisiert, ist unsicher, ob und wie diese Beihilfeförderung von einem bereits überstrapazierten Bundeshaushalt noch getragen werden kann.

Deutschland muss sich auf Lieferengpässe einstellen

Akut wird mit dem Andauern des Krieges im Nahen Osten auch das Problem der Kosten der deutschen Gasversorgung. Denn mit der Straße von Hormus bleibt eine Exportroute für rund 20 Prozent der globalen Flüssiggas-Exporte (Liquefied Natural Gas, LNG) blockiert, und das hält die Gaspreise weltweit auf hohem Niveau.

„Händler befürchten nun verstärkt, dass die Lieferengpässe für LNG aus Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten (<https://www.welt.de/themen/vereinigte-arabische-emirate/>) bis in den Winter andauern werden“, sagt Natasha Fielding, Analystin der Preisagentur Argus Media: „Europa insgesamt und Deutschland im Besonderen steuern darauf zu, mit dem niedrigsten Gasspeicherpuffer seit der Energiekrise 2022 und möglicherweise seit über einem Jahrzehnt in den Winter zu gehen.“

Normalerweise kaufen deutsche Versorger im Sommer Erdgas billig ein, um es im Winter teuer zu verkaufen. Doch der sogenannte Sommer-Winter-Spread liefert aktuell keine Anreize mehr einzuspeichern. Die Füllstände in den deutschen Kavernen- und Porenspeichern liegen bei historisch niedrigen 45 Prozent, deutlich unter dem üblichen Schnitt von 68 Prozent zu dieser Jahreszeit. Bleibt das so, kann die Bundesregierung im Spätherbst nicht umhin, die Agentur „Trading Hub Europe“ (THE) auf den Markt zu schicken, um Wintervorräte mit Steuergeld aus dem Bundeshaushalt einzukaufen.

Weil Deutschland auf dem Weltmarkt für LNG die hohe Nachfrage aus Asien überbieten muss, kann das für den ohnehin schon überlasteten Bundeshaushalt weitere Milliardenausgaben bedeuten, glaubt Argus-Expertin Fielding: „Angesichts der heutigen Lagerbestände und der schwachen Aussichten für die LNG-Importe in den kommenden Wochen ist es schwer vorstellbar, dass Deutschland ohne staatliche Eingriffe sein nationales Speicherziel von 70 Prozent zu Beginn des Winters erreichen wird.“

Steigende Preise für Benzin, Heizöl, Gas und Strom: Einmal mehr droht den Deutschen das, was Shakespeare einen „Winter des Missvergnügens“ nannte. Weil Fluggesellschaften wie Easyjet oder Ryanair wegen stark steigender Kerosinpreise bereits jetzt drastische Gewinneinbrüche melden und die Ticketpreise anheben, ist womöglich auch die Flucht in den Urlaub preislich für viele keine Option mehr.

Forderung nach Hilfen vom Bund

Die Preise spiegeln dabei die Verknappung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt wider – sofern sie nicht durch nationale Steuern und etwa Klimaabgaben künstlich überhöht sind. Ungeachtet der inzwischen leeren öffentlichen Kassen drängen vor allem SPD-Politiker bereits wieder auf Entlastungsmaßnahmen und Markteingriffe.

So fordert der SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, [Raed Saleh](https://www.welt.de/themen/raed-saleh/) (<https://www.welt.de/themen/raed-saleh/>), eine Bundesratsinitiative, um krisenbedingte „Übergewinne“ von Mineralöl- und Lebensmittelkonzernen abzuschöpfen. Dies sei „eine Frage der Gerechtigkeit“.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Armand Zorn, brachte eine Wiederauflage des [Benzinpreisdeckels](https://www.welt.de/themen/benzinpreise/) (<https://www.welt.de/themen/benzinpreise/>) ins Gespräch. „Auch wenn die Ministerin da zurückhaltend ist, will ich deutlich sagen, dass für uns ein Spritpreisdeckel nach wie vor infrage kommt“, sagte Zorn mit Blick auf Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU).

[Daniel Wetzel](https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/) (<https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen
<https://epaper.welt.de>